Bundesgesetz über die Förderung von Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im Tourismus

vom ...

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 103 der Bundesverfassung¹,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom²
beschliesst:*

Art. 1 Gegenstand

Der Bund kann im Rahmen der bewilligten Kredite Finanzhilfen für die Innovation, die Zusammenarbeit und den Wissensaufbau im Tourismus gewähren.

Art. 2 Unterstützte Vorhaben

¹ Der Bund kann Vorhaben unterstützen, mit denen folgende Ziele verfolgt werden:

- a. die Entwicklung und Einführung neuer Produkte, Ausrüstungen und Vertriebskanäle;
- b. die Verbesserung der bestehenden Dienstleistungen;
- c. die Schaffung wettbewerbsfähiger Strukturen, die eine Steigerung der Effizienz ermöglichen;
- d. die Verbesserung der Aus- und Weiterbildung.

² Er konzentriert den grösseren Teil der Mittel auf wenige Vorhaben.

Art. 3 Voraussetzungen

¹ Vorhaben werden nur unterstützt, wenn sie:

- a. zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz als Tourismusland beitragen; und
- b. zu einer nachhaltigen Entwicklung des Tourismus beitragen und attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten sichern.

AS

¹ SR 101

² BBl

² Vorhaben, die unterstützt werden können, müssen zudem:

- a. gesamtschweizerisch angelegt sein oder eine gesamtschweizerische Koordination verlangen; oder
- b. regional oder lokal angelegt sein und den Kriterien von Modellvorhaben des Bundes entsprechen.

Art. 4 Auflagen

Vorhaben müssen:

- a. innerhalb von sechs Monaten nach der Zusicherung der Finanzhilfe begonnen werden; und
- b. auf überbetrieblicher Ebene geplant und umgesetzt werden.

Art. 5 Höhe und Art der Finanzhilfen

¹ Der Bund kann Vorhaben mit einer Finanzhilfe bis zu 50 Prozent der anrechenbaren Kosten unterstützen. Die Finanzhilfe wird in Pauschalbeiträgen ausgerichtet.

² Können für ein Vorhaben auch andere Bundessubventionen beansprucht werden, so dürfen die gesamten Bundesmittel höchstens die Hälfte der Gesamtkosten betragen.

Art. 6 Verfahren

¹ Gesuche um Finanzhilfe sind dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) einzureichen. Dieses holt die Stellungnahmen der unmittelbar betroffenen Kantone ein. Es kann zur Prüfung der Gesuche auch Sachverständige beiziehen.

² Es entscheidet nach Konsultation der direkt betroffenen Bundesämter über die Gewährung der Finanzhilfen.

Art. 7 Information und Evaluation

¹ Das SECO fördert den Informationsaustausch im Tourismus im allgemeinen sowie über die unterstützten Vorhaben.

² Es stellt die Evaluation der unterstützten Vorhaben sicher.

Art. 8 Finanzierung und Berichterstattung

¹ Die Bundesversammlung legt die zur Verfügung stehenden Mittel als Verpflichtungskredit mit einfachem Bundesbeschluss fest.

² Der Bundesrat berichtet über die Verwendung der gesprochenen finanziellen Mittel.

Art. 9 Vollzug

Der Bundesrat erlässt die Ausführungsbestimmungen.

Art. 10 Referendum und Inkrafttreten

¹ Das Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.